

Frankenthaler Zeitung

AKTUELL NOTIERT

Steinbach-Vortrag: Protest vor dem Brauerei-Gelände



Das Bündnis gegen Rechtsextremismus demonstriert am Donnerstag gegen die AfD-Veranstaltung. FOTO: BOLTE

Protest auf dem Bürgersteig auf der einen, zwei Polizeibusse und eine von Ordnern bewachte Zufahrt zum Brauerei-Gelände auf der anderen Seite: Das ist das Bild am frühen Donnerstagabend in der Johann-Klein-Straße gewesen, bevor im Alten Brauhaus um 19 Uhr die AfD-Veranstaltung mit der früheren CDU-Bundestagsabgeordneten und heutigen Vorsitzenden der parteinahen Desiderius-Erasmus-Stiftung beginnen sollte. Angekündigt hatte der örtliche Kreisverband einen Vortrag zum Thema „Politische Stiftungen – Anspruch und Wirklichkeit“. Zu dem Treffen mit der 79 Jahre alten ehemaligen Präsidentin des Bundes der Vertriebenen waren um die 30 Besucher gekommen. Eine inhaltliche Berichterstattung der RHEINPFALZ über Steinbachs Vortrag verhinderte der Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes, Frank Marx, mit Verweis aufs Hausrecht noch vor Beginn der Veranstaltung. Rüdiger Stein, Sprecher des Bündnisses gegen Rechtsextremismus, warnte derweil vor dem Gelände mit gut 20 Mitstreitern davor, dass die von Steinbach geleitete Stiftung, „unterstützt von Steuergeldern, Rassismus und menschenverachtende Ideen verbreitet“. Jörg

Gewerkschaft: 2022 nur 31 neue Wohnungen gebaut

Im vergangenen Jahr sind in Frankenthal 32 Wohnungen neu gebaut worden – darunter sechs in Ein- und Zweifamilienhäusern. Das teilt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt mit. Der Bezirk Rheinhessen-Vorderpfalz beruft sich dabei nach eigenen Angaben auf aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts. Es seien damit 51 Wohnungen weniger als im Vorjahr entstanden. Unterm Strich hätten Bauherren in der Stadt rund 4,5 Millionen Euro investiert. Für das laufende Baujahr warnt der Bezirksvorsitzende Rüdiger Wunderlich vor einem weiteren Abwärtstrend: „Bauvorhaben werden auf Eis gelegt. Denn hohe Baukosten treffen auf hohe Zinsen und hohe Hürden beim Bauen durch staatliche Auflagen und Vorschriften. Das ist ein toxischer Mix für den Wohnungsbau.“ Die Kaufpreise beim Neubau seien längst „aus den Fugen geraten“ und die Mieten „klettern enorm nach oben“ – vor allem bei neu gebauten Wohnungen. Entscheidend sei jetzt, was gebaut werde: „Die Wohnungen müssen zur Lohntüte der Menschen passen. Es kommt darauf an, vor allem bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen zu bauen“, so Wunderlich. Gebraucht werde ein „Booster für den Neubau“. |rhp/örg

Vorfahrt missachtet: 42-jähriger Autofahrer bei Unfall verletzt

Ein verletzter Autofahrer und 16.000 Euro Sachschaden – das ist die Bilanz eines Verkehrsunfalls, der sich am Mittwochmorgen an der Kreuzung von West- und Nordring ereignet hat. Wie die Polizei berichtet, befuhr ein 42-jähriger Mannheimer gegen 5.20 Uhr mit seinem Pkw den Westring in Richtung Carl-Benz-Straße. Bei ausgefallener Ampelanlage an der Kreuzung mit dem Nordring missachtete er die Vorfahrt eines 59-jährigen Lkw-Fahrers aus Frankenthal, der den Nordring aus Richtung Heßheim befuhr. Es kam zum Zusammenstoß. Dabei wurde der 42-Jährige verletzt und zur Untersuchung in ein Krankenhaus gebracht. Den Gesamtschaden schätzen die Beamten auf rund 16.000 Euro. Die Polizei bittet um Hinweise: Telefon 06233 3130, E-Mail pifrankenthal@polizei.rlp.de. |gnk

SO ERREICHEN SIE UNS

FRANKENTHALER ZEITUNG Verlag

Amtsstr. 5 - 11
67059 Ludwigshafen
0621 5902-01

Abonnement-Service

Web: www.rheinpfalz.de/meinkonto
(Zustellreklamation, Urlaubsservice, Umzug)
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de
Telefon: 0621 68557094

Privatanzeigen

Web: www.rheinpfalz.de/anzeigen
E-Mail: kleinanzeigen@rheinpfalz.de
Telefon: 0621 68557098

Geschäftsanzeigen und Prospekte

Telefon: 0621 68557267
Fax: 0621 68557268
E-Mail: ludwigshafen@mediawerk-suedwest.de

Lokalredaktion

Glockengasse 12
67227 Frankenthal
Telefon: 06233 3151-21
Fax: 06233 3151-30
E-Mail: redfra@rheinpfalz.de

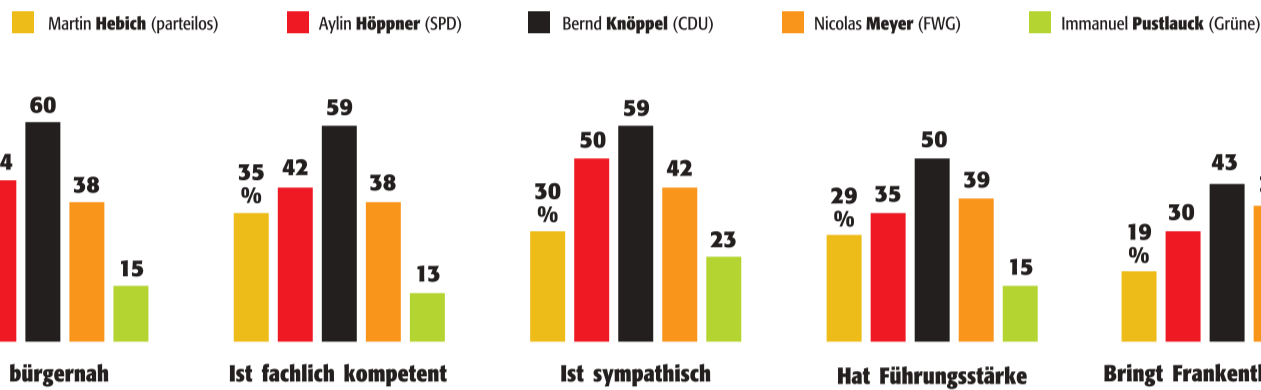
Da ist noch Luft nach oben

Was braucht's, um den Frankenthalern ein guter Oberbürgermeister zu sein? Klar, sympathisch, bürgernah und fachlich gut sein – das sind Schlüsselqualifikationen. Aber wem trauen die Wähler in der Stadt am ehesten zu, auch führungsstark und visionär zu sein? Die CMR-Umfrage im Auftrag der RHEINPFALZ zeigt das Profil der Kandidaten.

EIGENSCHAFTEN DER KANDIDATEN

Eine Oberbürgermeisterin / ein Oberbürgermeister sollte bestimmte Eigenschaften für das Amt mitbringen. Welche treffen auf die Kandidaten zu?

Befragte, die wählen gehen würden



GRAFIK: DOSTAL | QUELLE: CMR

VON JÖRG SCHMIHING

Bei der Kür des neuen Stadtoberhauptes am 25. Juni zählen natürlich auch Inhalte, aber in erster Linie ist sie eine Direktwahl. Insofern geben bei der Frage, wem die wahlberechtigten Frankenthaler ihre Stimme geben, nicht zuletzt auch persönliche Eigenschaften der fünf Bewerber den Ausschlag. Das Mannheim Institut für Communication- und Marketing-Research (CMR) hat im Auftrag der RHEINPFALZ deshalb auch das jeweilige Profil von Martin Hebich (parteilos), Aylin Höppner (SPD), Bernd Knöppel (CDU), Nicolas Meyer (FWG) und Immanuel Pustlauck (Grüne) abgefragt.

Der erste Blick auf die Zahlen legt vor allem einen Schluss nahe: Es gibt schon so etwas wie einen Amtsbonus – zumindest im Fall von CDU-Mann Bernd Knöppel, der als Bürgermeister schon länger stärker im Lichte der Öffentlichkeit steht, und von SPD-Frau Aylin Höppner, die als Chefin der Stadtratsfraktion an prominenter Stelle aktiv ist. Und obwohl mit Martin Hebich ja auch der aktuelle OB auf dem Stimmzettel steht, fährt er über die fünf untersuchten Kategorien eher schwache Werte ein – was aber mutmaßlich primär damit zusammenhängt, dass



M. Hebich
ARCHIVFOTO: BOLTE



A. Höppner
FOTO: SPD/GRATIS



B. Knöppel
FOTO: CDU/GRATIS



N. Meyer
FOTO: FWG/GRATIS



I. Pustlauck
ARCHIVFOTO: BOLTE

er antritt, um Versorgungsansprüche abzusichern. Weitere acht Jahre an der Stadtspitze von Frankenthal strebt er aus persönlichen Gründen nicht mehr an.

Knöppel: „Ausbaufähig“

Knöppel, der bei der Sonntagsfrage, wie am Donnerstag berichtet, mit 21 Prozent aktuell leicht die Nase vorn hat, ist in der Wahrnehmung der Befragten dann auch derjenige mit dem ausgeprägtesten Profil: Diejenigen, die am 25. Juni zur Wahl gehen wollen, halten ihn im Vergleich zu den weiteren vier Bewerbern mit teils deutlichem Abstand für bürgernäher, fachlich kompetenter, sympathischer, führungs- und umsetzungstärker. CMR-Chef Werner Dieing relativiert: „Knöppel liegt damit zwar besser als die anderen, die Werte sind aber ausbaufähig.“ Ein Etablierter wie er müsse bei

Punkten wie Sympathie in Bereiche zwischen 70 und 80 Prozent, bei der Führungsstärke zwischen 60 und 70 Prozent kommen.

Ordentlich schneidet bei den ihr von den Teilnehmern der Stichprobe zugesprochenen Eigenschaften auch Sozialdemokratin Höppner ab: In den Kategorien Bürgernähe, Kompetenz und Sympathie liegt sie vor dem FWG-Kandidaten Nicolas Meyer. Bei der Sonntagsfrage, also der eigentlichen Wahlentscheidung, zählt sich das für Höppner allerdings nicht aus, hier rangiert sie zwei Prozentpunkte hinter Meyer und fünf hinter Knöppel.

Meyer: „Konversion stimmt“

Nach Einschätzung von Meinungs- und Marktforscher Dieing gelingt es Meyer als Vertreter einer vergleichsweise kleinen politischen Gruppe extrem gut, die mit ihm ver-

ZUR SACHE

Die Methode

Für die Umfrage zur Oberbürgermeisterwahl in Frankenthal hat das Meinungsforschungsinstitut CMR vom 22. bis 26. Mai telefonisch 500 Personen im Alter ab 18 Jahren befragt, die in der Stadt bei der OB-Wahl am 25. Juni wahlberechtigt sind. Erhoben wurde eine repräsentative Stichprobe. Dabei kam das „Last-Birthday-Verfahren“ zum Einsatz. Befragt wurde also das Mitglied des Haushaltes, das wahlberechtigt ist und zuletzt Geburtstag hatte. Angerufen wurden nur Festnetznummern, da Mobilnummern nicht lokal verortet sind. Jüngere seien so etwas unterrepräsentiert. Die Daten wurden daher unter anderem nach Alter und Geschlecht gewichtet. |rhp

KOMMENTAR

Bekannt werden, Profil schärfen

VON JÖRG SCHMIHING

Die Kandidaten müssen die verbleibende Zeit bis zum Wahltag nutzen, um ihr Profil zu schärfen und bekannter zu werden.

Das Wichtigste vorab: Umfragen wie die von CMR im Auftrag der RHEINPFALZ sind keine Prognose, sondern ein Stimmungsbild, eine Momentaufnahme. In den drei Wochen bis zur Wahl können die Kandidaten noch einiges bewegen. Das belegt der Anteil von 35 Prozent Unentschlossenen, die wählen wollen, aber noch nicht wissen, wem sie das Kreuzchen geben. Auf dem Ergebnis der Stichprobe kann sich keiner der drei Erstplatzierten ausruhen: Bernd Knöppel darf keinen Boden verlieren und muss hoffen, dass ihn Martin Hebichs Kandidatur nicht zu viele Stimmen kostet. Für Nicolas Meyer und Aylin Höppner geht es um den Einzug in die wahrscheinliche Stichwahl.

„Die Fachkräfte sind schon längst da“

Stadtelternausschuss will qualifizierte Pädagoginnen aus dem Ausland fit für die Kita machen

VON SONJA WEIHER

Weil Mitarbeiter fehlen, sind Kitas immer wieder ganz oder teilweise geschlossen. Auf der anderen Seite gibt es Erzieherinnen und Lehrerinnen aus dem Ausland, die gerne wieder in ihrem Beruf arbeiten möchten. Der Stadtelternausschuss (Stea) in Frankenthal will das nutzen, um die Betreuungssituation zu verbessern.

Wenn Mela Aydin hört, dass die Bundesregierung verstärkt Fachkräfte aus dem Ausland anwerben will, kann die Frankenthalerin nur den Kopf schütteln. „Diese Kräfte sind schon längst da, sie können nur nicht so arbeiten, wie sie das gerne würden.“ Gemeinsam mit der Vorsitzenden des Stadtelternausschusses, Anna Starzetz, hat sie deshalb eine Initiative gestartet. 15 Frauen betreuen die beiden inzwischen mit dem Ziel, sie für den Einsatz in Kindertagesstätten und Horten, aber auch für die Hausaufgabenbetreuung in Grundschulen fit zu machen. Ihr Ehrenamt ist durchaus eigennützig: Die Mütter wollen, dass sich bei der Kinderbetreuung endlich etwas bewegt.

Zu dem Fachkräftepool des Stea zählen Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen, Pädagoginnen, Psychologinnen sowie Grundschul- und Musiklehrerinnen. Die Frauen kommen unter anderem aus Italien, der Türkei, Pakistan, der Ukraine und Russland. Sie alle haben laut Starzetz in ihrer Heimat Fachqualifikationen erworben und können meist auch Berufserfahrung nachweisen. Dass nicht alle bereits über ausreichend Sprachkenntnisse in Deutsch verfü-



Deutschland könne es sich nicht leisten, in Kitas auf qualifizierte Frauen aus dem Ausland zu verzichten, begründen zwei Frankenthaler Mütter ihr Engagement. SYMBOLFOTO: KLAUS-DIETMAR GABBERT/DPA

gen, liege zum Teil mit daran, dass der Zugang zu entsprechenden Kursen nicht immer einfach sei. Für alleinerziehende Mütter brauche es flexiblere Unterrichtsmodelle, etwa über Online-Angebote. Aydin findet: „Man sollte die Frauen früher in die Praxis bringen, auch wenn noch nicht alle Sprachzertifikate erworben wurden.“ Schwierig seien die Erleichterungen im Zugang zum Arbeitsmarkt für Ukrainerinnen. Andere Migrantinnen würden sich fragen: „Bin ich weniger wert?“

Termin im Ministerium

Das sind einige der Kritikpunkte und Anregungen, die die Stea-Vertreterinnen unter anderem bei einem Online-Termin am 5. Juni mit Vertretern des Mainzer Bildungsinstituts diskutieren wollen. Dort sei man über den Landeselternrat auf das Frankenthaler Projekt aufmerksam geworden. Beim Landesjugendamt und der Aufsichtsbehörde ADD stoßen Aydin und Starzetz nach eigener Darstellung eben-

so auf offene Ohren wie bei der Stadtverwaltung und in der Kommunalpolitik. „Es geht uns nicht darum, die Qualität der Betreuung zu schwächen“, betont die Stea-Vorsitzende. Allerdings sagt die berufstätige Mutter auch: „Mir ist es lieber, es gibt eine motivierte und pädagogisch erfahrene Hilfskraft zur Unterstützung der Erzieherinnen, als dass die Kita zu ist.“

Praktika und Ausbildung

Aus Gesprächen mit den Interessentinnen wissen Starzetz und Aydin, dass sich einige der Frauen im Jobcenter nicht gut betreut fühlen. Sie nennen das Beispiel einer Russin, die seit sechs Jahren in Deutschland lebt. Die Frau habe neben ihrem Abschluss in Finanz- und Kreditwesen ein Studium als Grundschullehrerin abgeschlossen und fünf Jahre in dem Beruf gearbeitet. Beides werde nicht anerkannt. Im Jobcenter habe man der Russin, die gerne wieder mit Kindern arbeiten will, eine Fortbildung in der Pflege angeboten. „Die Frauen hören immer nur: Das reicht nicht, das fehlt noch“, sagt Mela Aydin.

In ihrem Engagement bestärkt fühlen sich die Frauen, selbst Töchter türkischer Gastarbeiter und von Spätaussiedlern, durch erste Erfolgserlebnisse. Eine Ukrainerin macht gerade ein Praktikum in der städtischen Kita Fontanesistraße, eine Pakistanerin habe einen Praktikumsplatz in der Waldorfschule gefunden und eine dritte Frau beginne eine duale Ausbildung zur Erzieherin. „Wir können es uns nicht erlauben, noch länger auf diese Kräfte zu verzichten“, ist Starzetz überzeugt.

Korruption: Stadt richtet Meldestelle ein

Die Stadt richtet einen Meldekanal ein, um sich, ihre Beschäftigten und die Frankenthaler besser vor Korruption zu schützen. Bürger, Firmen und Mitarbeiter der Verwaltung können Fehlverhalten und Rechtsverstöße in der Behörde frühzeitig melden und aufdecken. Die Übermittlung erfolgt auf digitalem oder analogem Weg.

Auf der Homepage der Stadt kann man unter www.frankenthal.de/hinweis den digitalen Meldekanal nutzen. Wie die Verwaltung mitteilt, besteht dort auch die Möglichkeit, einer anonymen Dialogfunktion. Nur die beiden Vertrauenspersonen der Korruptionspräventions- und „Compliance“-Stelle können die Hinweise einsehen, entgegennehmen und weiter bearbeiten. Derzeit noch in Planung ist der analoge Weg in Form eines versteckten Briefkastens. Sobald dieser installiert ist, soll sein Standort ebenfalls auf der Webseite der Stadtverwaltung in der Rubrik „Hinweis“ bekanntgegeben werden.

EU-Richtlinie umgesetzt

Wie es in der Pressemeldung weiter heißt, setzt die Stadt damit die Hinweisgeberrichtlinie der Europäischen Union (EU) um, die auch unter dem Namen „Whistleblower“-Richtlinie bekannt ist. Mit dem Inkrafttreten des deutschen Hinweisgeberschutzgesetzes besteht die Verpflichtung zur Einrichtung eines Meldekanals für Hinweisgeberinnen und -geber. Um deren Schutz zu gewährleisten, wurde im Rathaus ein Hinweisgebersystem im Bereich Rechnungsprüfung eingerichtet. |gnk

Frankenthaler Zeitung

AKTUELL NOTIERT

Strohhusfest: Ab Montag erste Straßensperrungen



In der Wormser Straße wird wieder das Riesenrad aufgebaut. ARCHIVFOTO: BOLTE

Wenn von Donnerstag, 8., bis Sonntag, 11. Juni, das Strohhusfest gefeiert wird, gerät die gesamte Innenstadt zur Party. Schon im Vorfeld müssen dafür Straßen und Flächen gesperrt werden. So dürfen bereits ab Montag, 5. Juni, 7 Uhr, auf dem Parkplatz vor dem Dathenushaus keine Fahrzeuge mehr abgestellt werden. Grund ist der Aufbau des Autoscooters. Wie die Stadt weiter teilt, herrscht ab 10 Uhr an diesem Tag auch in einem Teil der Karolinenstraße Parkverbot. Betroffen sind die Stellplätze westlich der Johannes-Mehring-Straße (nahe des Hotels Central). Die beiden Schwerbehindertenparkplätze werden in die Johannes-Mehring-Straße vor das Anwesen mit der Nummer 12a verlegt. Für den Aufbau eines Zeltes muss ab Dienstag, 6. Juni, 7 Uhr, auch der westliche Teil der Kanalstraße zwischen Rathausplatz und der Kreuzung mit der Elisabethstraße und Carl-Theodor-Straße für den Verkehr gesperrt werden. Ab 15 Uhr gilt ein Parkverbot in der Wormser Straße zwischen Wormser Tor und Schmiedgasse sowie im Bereich der Hausnummern 5a bis 11. Dort werden das Riesenrad und ein großes Zelt aufgebaut. In der Anliegerstraße am Foltzing gilt ab 18 Uhr zwischen dem Wormser Tor und der Elisabethstraße ein Halteverbot. Dort werden Fahrradstellplätze eingerichtet. |gnk

Abgeordneter Armin Grau begrüßt Pläne für Krankenhausreform

Armin Grau, grüner Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Ludwigshafen-Frankenthal, sieht die Bundesregierung bei der Krankenhausreform auf einem guten Weg. Die damit verbundene Entbürokratisierung werde auch die Beschäftigten in Krankenhäusern maßgeblich entlasten, ist sich Grau, der auch Berichterstatter für Krankenhauspolitik seiner Fraktion ist, sicher. Bei den wichtigsten Inhalten, wie den Leistungsbereichen und den Vorhaltekosten, herrsche nach den jüngsten Beratungen am Donnerstag nun Einigkeit mit den Ländern. Mit den bestehenden Differenzen etwa auf den Versorgungsebenen könnten beide Seite leben. Deutschland gebe im internationalen Vergleich mit am meisten Geld für sein Gesundheitswesen und insbesondere für die Krankenhäuser aus. „Trotzdem erreichen wir oft nur durchschnittliche Ergebnisse“, bedauerte der 64-jährige Altripper. Das wolle die Ampelregierung nun ändern. |jala

Verdacht auf Drogenkonsum: Polizei zieht Autofahrer aus Verkehr

Weil er offenbar betrunken war und Drogen konsumiert hatte, haben Beamte der Autobahnpolizei Ruchheim am Donnerstag einem 36-jährigen VW-Fahrer die Weiterfahrt untersagt. Wie die Polizei meldet, fiel der Mann den Polizisten gegen 11 Uhr auf der A6 auf, in der Industriestraße wurde er dann angehalten. Bei der Kontrolle zeigte er körperliche Auffälligkeiten, die auf einen vorherigen Drogenkonsum hinwiesen. Weil sich der Autofahrer einem Drogenschnelltest und einer Blutentnahme verweigerte, ordneten die Beamten die Blutprobe an und untersagten dem 36-Jährigen die Weiterfahrt. Das Ergebnis der Untersuchung wird laut Bericht zeigen, ob und welche Drogen der Mann konsumiert hat. Ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Trunkenheit im Straßenverkehr und des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz wurde eingeleitet. |gnk

SO ERREICHEN SIE UNS

FRANKENTHALER ZEITUNG Verlag

Amststr. 5 - 11
67059 Ludwigshafen
0621 5902-01

Abonnement-Service

Web: www.rheinpfalz.de/meinkonto
(Zustellreklamation, Urlaubsreise, Umzug)
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de
Telefon: 0621 68557094

Privatanzeigen

Web: www.rheinpfalz.de/anzeigen
E-Mail: kleinanzeigen@rheinpfalz.de
Telefon: 0621 68557098

Geschäftsanzeigen und Prospekte

Telefon: 0621 68557267
Fax: 0621 68557268
E-Mail: ludwigshafen@mediawerk-suedwest.de

Lokalredaktion

Glockengasse 12
67227 Frankenthal
Telefon: 06233 3151-21
Fax: 06233 3151-30
E-Mail: redfra@rheinpfalz.de

Hausaufgaben für künftigen OB

Sollten nicht Klimaschutz oder Mobilität der Zukunft die prägenden Themen in der kommenden Amtszeit eines Frankenthaler Oberbürgermeisters sein? Die Teilnehmer der CMR-Umfrage im Auftrag der RHEINPFALZ sagen: Nein. Für sie sind Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt deutlich wichtiger.

VON JÖRG SCHMIHING

Hinweise auf überfüllte Mülleimer und Vandalismus – sie landen häufig auf den Schreibtischen in der Lokalredaktion und sie beschäftigen mit großer Regelmäßigkeit auch die kommunalen Gremien. Und auch in der telefonischen Umfrage, die das Mannheimer Institut für Communication- und Marketing-Research (CMR) im Auftrag der RHEINPFALZ mit Blick auf die bevorstehende Oberbürgermeisterwahl in der vergangenen Woche gemacht hat, stehen Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt auf der Liste der wichtigsten Themen ganz oben – mit 94 Prozent. Hierfür sollte sich das künftige Stadtoberhaupt nach Auffassung derjenigen, die sich für einen Kandidaten, eine Kandidatin entschieden haben, besonders einsetzen.

Klimaschutz ist Frauensache

Mit einem gewissen Schmerz dürfen die Grünen, deren Kandidat Immanuel Pustlauck Verkehrs- und Klimawende zu den zentralen Zielen seines Programms zählt, insofern aufnehmen, dass genau diese Themen im Ranking der Befragten keinen der vorderen Plätze erreichen: Klima- und Umweltschutz sortieren die Teilnehmer der Umfrage auf Rang vier (79 Prozent) und das Vorantreiben der Verkehrswende auf Platz sechs (70 Prozent) ein.

Spannend bei beiden Punkten: Sie sind Frauen deutlich wichtiger als Männern. Während 92 Prozent der weiblichen Befragten den Klimaschutz als vordringliches Arbeitsfeld für einen künftigen OB halten, ist das nur bei 68 Prozent der männlichen Teilnehmer der Fall. Bei der Mobilität liegen die geschlechterspezifischen Werte um zehn Punkte auseinander: 65 Prozent bei den Frauen, 75 Prozent bei den Männern.

ZUR SACHE

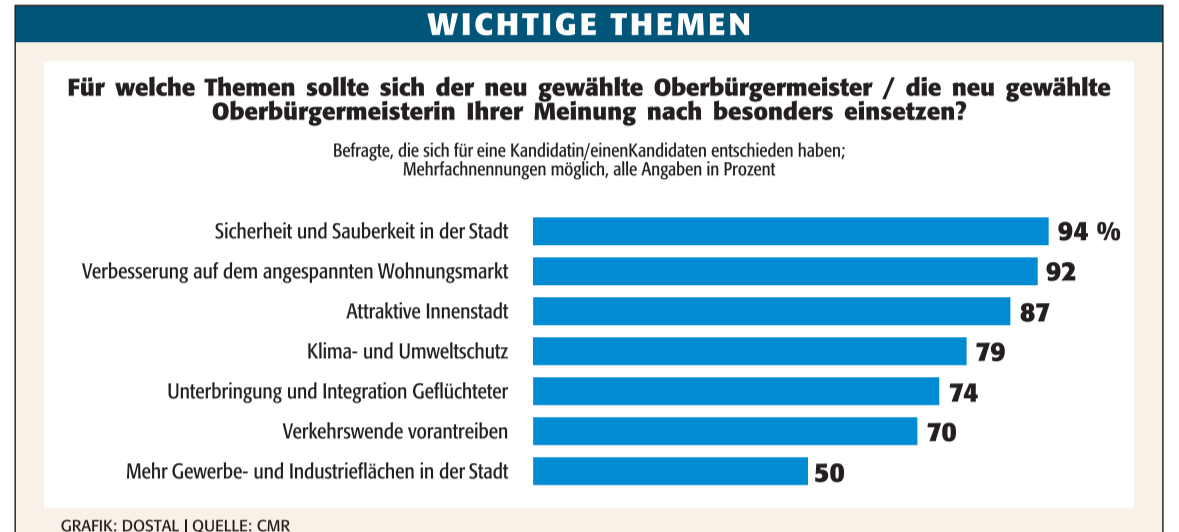
Die Methode

Für die Umfrage zur Oberbürgermeisterwahl in Frankenthal hat das Mannheimer Meinungsforschungsinstitut CMR vom 22. bis 26. Mai telefonisch 500 Personen im Alter ab 18 Jahren befragt, die in der Stadt bei der OB-Wahl am 25. Juni wahlberechtigt sind. Erhoben wurde eine repräsentative Stichprobe. Bei den angerufenen Haushalten kam das „Last-Birthday-Verfahren“ zum Einsatz. Befragt wurde also das Mitglied des Haushaltes, das wahlberechtigt ist und zuletzt Geburtstag hatte. Angerufen wurden nur Festnetznummern, da Mobilfunknummern nicht lokal verortet sind. Die jüngeren Wähler seien so etwas unterrepräsentiert. Die Daten wurden daher anhand aktueller Zahlen des Statistischen Landesamts in Bad Ems unter anderem nach Alter und Geschlecht gewichtet. |jhp

Interessanterweise sieht laut den CMR-Ergebnissen die Generation 60 plus eine größere Notwendigkeit zum Handeln als die 18 bis 59-Jährigen. Die Älteren nennen den Klimaschutz zu 83 Prozent als Priorität, die Jüngeren nur zu 76 Prozent.

Platz zwei: Wohnungsbau

Die Top 3 vervollständigen zwei Themen, die ebenfalls in hoher Frequenz und mit unterschiedlicher



Knallvolle Mülleimer sind den Frankenthälern ein Graus. FOTO: DPA



Nur im Mittelfeld: das Thema Klima- und Umweltschutz. FOTO: DPA



Nur die Hälfte der Befragten ist für neue Gewerbeflächen. FOTO: DPA

Perspektive auf der kommunalpolitischen Agenda auftauchen: Verbesserungen auf dem angespannten Wohnungsmarkt wünschen sich laut CMR 92 Prozent der Befragten, die sich schon für Pustlauck, Aylin Höpner (SPD), Bernd Knöppel (CDU), Nicolas Meyer (FWG) oder den aktuellen OB Martin Hebich als parteilosen Einzelkandidaten entschieden haben. Für die Frauen, die knapp mehr als die Hälfte der 500 Befragten ausmachen, ist die Schaffung neuen Wohnraums übrigens genauso wichtig wie Sauberkeit und Sicherheit: 93 Prozent.

Platz drei der Rangliste: Für 87 Prozent zählt eine attraktive Innenstadt zu den Topthemen der am 1. Januar 2024 startenden achtjährigen Amtszeit des neuen Oberbürgermeisters. Die Sorge, dass sich Abschwung und Leerstände verstärken, ist also groß – und auch in diesem Fall bei den Damen mit 85 zu 90 Prozent größer als bei den Herren.

Schlusslicht Gewerbeflächen
Schlusslicht ist ein Wirtschaftsthema: Während die Verwaltung neue Gewerbe- und Industrieflächen unter anderem in Ergänzung der Gebiete Nord und Römig vorantreiben möchte, sieht das nur die Hälfte der vom Mannheimer Institut befragten Frankenthaler so. Jung und Alt sind sich hier einig. Mehr Flächen für Betriebe halten übrigens fast zwei Drittel der Frauen für überflüssig.

Streit um Spezialfragen

Gutachter im Arbeitsgerichts-Verfahren zwischen Stadt und Ex-Chefarzt gehört

VON JÖRG SCHMIHING

Zwei Parteien, drei Gutachten und viele Perspektiven: Die juristische Auseinandersetzung zwischen der Stadtklinik und ihrem ehemaligen Chefchirurgen um dessen fristlose Kündigung im Januar 2020 ist zum Streit um medizinische Spezialfragen geworden. Das Arbeitsgericht Ludwigshafen hat am Freitag den renommierten Chirurgen Hauke Lang als Sachverständigen gehört.

Der in Mainz lehrende und praktizierende Professor ist der vom Gericht bestellte Gutachter, weitere Experten zu strittigen Eingriffen haben die Prozessparteien im bisherigen Verfahren vorgelegt. Alle beschäftigen sich im Kern mit zwei Operationen, die der Mediziner in seiner Zeit als Chefarzt der Frankenthaler Chirurgie vorgenommen hat, aber nach Lesart der Stadtklinik Verantwortlichen nicht hätte vornehmen dürfen.

Der Vorwurf der Stadt: Der Mann habe bei den Eingriffen gegen die sogenannte Mindestmengenregel verstoßen, derzufolge an dem kommunalen Krankenhaus keine OP an der Bauchspeicheldrüse stattfinden und diese dann auch nicht mit den Kassen abgerechnet werden dürfe. Der Mediziner selbst beruft sich unter anderem darauf, dass in beiden Fällen vor der Operation nicht absehbar gewesen sei, dass Tumore auch das Pankreas betroffen hätten. Direktor Michael Fleck hielt gleich zu Beginn des gut zweiwöchigen Termins am Freitag fest, dass Fragen wie diese „nicht das tägliche Brot eines Arbeitsgerichts seien“, die Kammer sich mit dem Inhalt des von ihr beauftragten Gutachtens intensiv befassen habe und dessen wesentliche Inhalte nachvollziehen könne, obwohl – wie der Jurist anmerkte – im Text auf „zehn Wörter acht Fachbegriffe“ kämen.

Hauke Lang hielt im Fall einer über 70-Jährigen, bei der Magenkrebs im Endstadium diagnostiziert



Strittig sind im Verfahren vor allem zwei Operationen an Krebspatienten, bei denen die Bauchspeicheldrüse betroffen war. SYMBOLFOTO: DPA

gewesen sei, fest, dass der Frankenthaler Arzt die Patientin „hervorragend operiert“ habe. Er hätte im Gegensatz zu seinem Kollegen bei einem vergleichbaren Befund eher den palliativen Ansatz verfolgt. Das bedeutet: Anstelle des Versuchs, den Tumor vollständig zu entfernen, wäre ein Bypass, also eine Umgehung des Magens, gelegt und eine Chemotherapie verordnet worden, um der unheilbar Kranken die verbleibende Lebenszeit zu erleichtern. Das Nutzen-Risiko-Verhältnis sei insofern bei dieser OP kritisch. Dennoch sei diese Abwägung immer eine Einzelfallentscheidung, die ein Chirurg in Absprache mit dem Patienten zu treffen habe. Und selbst dann wisse der Operateur unter Umständen noch nicht, ob und in welchem Umfang andere Organe vom Karzinom angegriffen seien.

Jan Schabbeke, Anwalt des früheren Chefarztes, unterstrich seine Sichtweise, derzufolge die von der Stadt gegen seinen Mandanten ins Feld geführte Mindestmengenregelung kein „Operations“- sondern ein Abrechnungsverbot“ darstelle. Ein Chirurg könne also „tun, was er kann“. Das bestätigte Gutachter

Lang. Im strittigen Fall komme hinzu, dass die Wahrscheinlichkeit, dass der Magentumor ins Pankreas übergreife, „nicht so wahnsinnig hoch“ sei. Das komme in weniger als fünf Prozent der Fälle vor.

Ein ebenso seltenes Phänomen hat der Uni-Professor bei der zweiten begutachteten Operation vorgefunden: ein faustgroßes Pankreas-Karzinom, das nicht in umgebendes Gewebe eingewachsen gewesen sei. Aller Erfahrung nach sei vor dem Eingriff eher mit einem Sarkom, einem anderen bösartigen, krebsähnlichen Geschwür, zu rechnen gewesen. Auf die Frage von Stadt-Anwältin Annette Sättele, ob der Chefchirurg pathologische Befunde hätte abwarten sollen, bevor er zum Skalpell gegriffen habe, sagte Lang: Er hätte noch ein, zwei Tage verstreichen lassen können und dann „so operiert, wie operiert wurde“.

Wie geht es jetzt weiter im Verfahren? Beide Parteien haben erst einmal wieder Zeit zur schriftlichen Stellungnahme. Sättele betonte, es gebe „sehr unterschiedliche Sichtweisen“. Die Stadt bleibe bei ihrer Begründung des Rauswurfs, derzufolge die Operationen „vollkommen das Maß“ überschritten hätten, es sich insofern um einen „grobe Behandlungsfehler handele“, der die ausgesprochene Kündigung rechtfertige. Ihr Kontrahent Schabbeke wiederum hält das Handeln seines Mandanten auf Basis des Gutachtens für „vertretbar“. Es werde zweifelhaft nach Fehlern gesucht.

Richter Fleck hält derweil an seinem den Parteien unterbreiteten Vergleichsvorschlag fest. In Richtung der Stadt wies der Arbeitsgerichtsdirektor auf die Möglichkeit hin, dass eine Kammer zum Schluss kommen könne, dass zwar die fristlose Kündigung nicht greife, dafür aber die ordentliche. Dann komme der aus seiner Sicht „bemerkenswert formulierte“ Dienstvertrag des Chefarztes und die vereinbarte Abfindung zum Tragen. Fleck: „Und das wird dann richtig teuer.“

RÜCK-SPIEGEL

IN EIGENER SACHE

Rausgeschmissen

Wenn eine Veranstaltung in Frankenthal Protest im öffentlichen Raum provoziert, dann sind beide ein Thema für die Lokalredaktion der RHEINPFALZ: die Veranstaltung und der Protest. Um beurteilen zu können, wogegen sich der Widerstand der um die 20 Menschen richtete, die am Donnerstagabend auf der Johann-Klein-Straße demonstriert haben, war die Berichterstattung darüber geplant, was sich ab 19 Uhr im Alten Brauhaus abspielen sollte.

Dass Sie, liebe Leserinnen und Leser, weder im digitalen noch im gedruckten Angebot einen ausführlichen Text finden, der sich mit dem auf Einladung des AfD-Kreisverbandes gehaltenen Vortrag der früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach beschäftigt, hat einen schlichten Grund: Der Vertreter dieser Zeitung wurde vom Vorsitzenden der Frankenthaler AfD vor Beginn des Referats mit dem Titel „Politische Stiftungen – Anspruch und Wirklichkeit“ aus dem Saal komplementiert – mit Verweis auf sein Hausrecht, einen diesbezüglichen Vorstandsbeschluss und auf die aus seiner Sicht offenbar erwartete negative Berichterstattung.

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion wiederum hatte sich zu Wochenbeginn kurzfristig mit der Bitte um Ankündigung der, wie in seiner Pressemitteilung eigens betont, öffentlichen Veranstaltung an die Redaktion gewandt. Eine entsprechende Meldung ist in der Mittwochausgabe erschienen. Das lässt den Schluss zu: Öffentlichkeit schätzt die Partei, deren Jugendorganisation inzwischen vom Verfassungsschutz beobachtet wird, offenbar nur, wenn sie sich einen Nutzen davon erhofft. Kritische Öffentlichkeit setzt sie lieber vor die Tür.

Was mit Blick auf den Inhalt von Steinbachs Vortrag nicht tragisch ist. Die Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung hat ihn, wie filmisch bei Youtube doku-

mentiert – so oder so ähnlich schon andernorts gehalten. Eine zentrale Passage handelt vom deutschen Rechtsstaat. Dieser sei „defizitär und antidemokratisch“, Zweifel an der Existenz der Gewaltenteilung seien angebracht. Das wolle man so oder so ähnlich offenbar nicht gerne in der Zeitung lesen. | JÖRG SCHMIHING

IN ERINNERUNG AN ...

Ausgestorben

Rechtzeitig zum frühlingsmorglichen Wochenende flatterte am Freitag die Aufforderung „Zähl' mal, wer da summt!“ ins E-Postfach der Redaktion. Bis zum 11. Juni und noch mal vom 4. bis 13. August sollen wir alle im Garten oder Wald, auf Balkon oder Wiese, am Bach oder See eine Stunde lang Insekten zählen und bestimmen und das Ergebnis auf www.insektensummer.de dem Naturschutzbund (Nabu) melden.

Und plötzlich ist sie wieder da, die Erinnerung an eine Kindheit in den 60er- und 70er-Jahren, als jeder zweite Sonntag bei einem Picknick auf irgendeiner Blumenwiese verbracht wurde. Was haben wir Kinder uns gelangweilt auf dieser großen, kratzigen Wolldecke, hätten lieber im Fernsehen „Flipper“ geguckt statt Fliegen zu verschrecken, Grashüpfer zu ärgern und eine Pferdebremsen-Phobie zu entwickeln. Daheim dann bekam einer von uns den Putzeimer überreicht, um die Windschutzscheibe des VW Käfers von den zermatschten Insekten zu reinigen. Diese Form von Sauerei gibt's heute gar nicht mehr, weil Brummer und Summer längst in viel größerem Stil an etwas anderem (aus)gestorben sind.

Und plötzlich ist sie wieder da, die Angst davor, dass das mit dem Artenrückgang so weitergehen und ganz schlimm enden könnte. Vielleicht ist es deshalb ganz gut, dem Nabu-Appl zu folgen und sich mal wieder Zeit für diese eigentlich doch so liebenswerten und interessanten Krabbler und Flieger zu nehmen. | WALTRAUD WERDELIS